

## Kampf der UG-Novelle!

Minister Hahns erster Versuch, das 2002 von Gehrler eingeführte Universitäts-Gesetz zu novellieren, fand mit dem Zerbrechen der Großen Koalition im Sommer 2008 ein jähes Ende. Nach monatelangem Geheimhalten und undemokratischer Diskussionsverweigerung hat Hahn am 16. Juni die UG-Novelle 09 in den Ministerrat gebracht. Die UG-Novelle fügt sich nahtlos in die Gehrler'sche Tradition einer desaströsen Bildungspolitik ein.

### Studieneingangsphase

Die UG-Novelle sieht für alle Bachelorstudien verpflichtende Studieneingangsphasen vor. Nur wer die Prüfungen der Eingangsphase positiv absolviert, wird zum eigentlichen Studium zugelassen. Wer die Prüfungen und Lehrveranstaltungen der Eingangsphase nicht auf Anhieb besteht, muss auf die nächsten Termine warten. Da die Eingangsphasen bis zu 2 Semester dauern können, droht vielen ein massiver Zeitverlust! Außerdem gibt es für die Eingangsphase kein Toleranzsemester, das den Anspruch auf Familienbeihilfe und etwaige Stipendien verlängert. Damit wird die soziale Lage vieler Studierender weiter verschärft.

Hinzu kommt die Gefahr, dass die chronisch unterfinanzierten Unis die Eingangsphase zur Verringerung der Anzahl der Studierenden missbrauchen. Um bei den Studierenden zu sparen, kann die Uni die Prüfungen der Eingangsphase verschärfen. Durch diese Knock-Out-Prüfungen wird die Eingangsphase effektiv zu einer Studienausgangsphase!

### Senat

Gemäß UG-Novelle werden im Senat – einem zentralen Entscheidungsorgan der

Universität – die ProfessorInnen weiterhin bevorzugt: während Studierende und Mittelbau (DozentInnen, AssistentInnen etc) je 25% der Mitglieder entsenden, stellen die ProfessorInnen die Hälfte aller Mitglieder! Damit wird die demokratische Mitgestaltung der Studierenden an der Uni gezielt erschwert.

### Zugangsbeschränkungen für Master und PhD

Die UG-Novelle sieht Zugangsbeschränkungen für alle Master- und PhD-Studien vor. Die Zulassung könnte in Zukunft beispielsweise vom Notenschnitt des Bachelorstudiums abhängen. Einen sicheren Studienplatz gibt es nur für jenes Masterstudium, das direkt an das Bachelorstudium auf derselben Uni anschließt. Somit wird die Mobilität zwischen den Disziplinen und verschiedenen Unis stark beeinträchtigt. Da viele Masterprogramme hochspezialisiert sind, ist diese Beschränkung der Mobilität nicht sinnvoll. Die Zugangsbeschränkungen im PhD sind ebenso abzulehnen, da sie wie alle Zugangsbeschränkungen sozial selektiv sind. Zudem ist der Andrang auf PhD-Studien gering und auch ohne Zugangsbeschränkungen leicht zu bewältigen.

### Rektoratswahl

Die UG-Novelle sieht vor, dass der (demokratisch nicht legitimierte!) Unirat in der Rektoratswahl mehr Macht bekommt. Das ist unverständlich, da die Uniratsmitglieder nicht der Universität angehören dürfen und kaum über die spezifischen Anforderungen und Probleme der Uni informiert sind. Vielmehr sind sie auf wirtschaftliches Kalkül ausgerichtet. Die Rektoratswahl ginge daher häufig an den tatsächlichen beruflichen Anforderungen des Rektorats vorbei.

### Leistungsvereinbarungen

Die neuen Leistungsvereinbarungen zwischen Ministerium und Uni führen die Autonomie der Unis ad absurdum. Die UG-Novelle schiebt den Unis die Verantwortung für Probleme zu, deren Ursachen in der verfehlten Sozial- und Bildungspolitik liegen. So sollen die Unis die in Österreich hohen Drop-Out-Quoten reduzieren – obwohl belegt ist, dass diese v.a. auf die prekäre finanzielle Situation vieler Studierender und die unzureichende Studienberatung zurückgehen. Weiters sollen die Betreuungsrelationen von Studierenden und Lehrenden verbessert werden – allerdings ohne finanzielle Mittel für eine personelle Aufstockung! Somit ist die Regelung eine indirekte Aufforderung, bei den Studierenden zu sparen und die Studieneingangsphase zur Beschränkung des offenen Hochschulzugangs zu instrumentalisieren.

### Demoaufruf!

Es ist kein Zufall, dass der liebe Hahn seine Uni-Gesetze immer kurz vor den Semesterferien durchboxen möchte. Er spekuliert darauf, dass die Studis aufgrund der vielen Prüfungen keine Zeit haben, sich mit dem Thema zu beschäftigen – und nach den Semesterferien stehen sie dann vor vollendeten Tatsachen. Wir lassen uns vom Hahn nicht an der Nase herumführen! Daher plant die GRAS in Zusammenarbeit mit anderen Organisationen eine Demo unter dem Motto: Freie Bildung für alle – und zwar umsonst! Treffpunkt ist am **Montag, den 29. Juni vor der GesWi (Salzachseite) um 18 Uhr.**



# GRAS und VSStÖ in Koalition

Wie vielleicht schon einige wissen, hat sich die **Universitätsvertretung (UV) der Österreichischen HochschülerInnenschaft Salzburg am 16. Juni 2009 konstituiert. Die GRAS als stimmstärkste Fraktion (6 von 13 Mandaten) bildet nun eine Koalition mit dem VSStÖ (2 Mandate).**

Das neue Vorsitzteam bilden ab 1. Juli Hannes Blaschke (GRAS), Svjetlana Vulin (VSStÖ) und Tatjana Markl (GRAS). Die Vorsitzenden, ReferentInnen und SachbearbeiterInnen werden als Team arbeiten. Sie sind prinzipiell gleichberechtigt, um bestmöglich die innere Zusammenarbeit (z.B. die Koordination der einzelnen Referate) zu stärken und als Repräsentanz nach außen für die Interessen der Studis (also deine!) einzutreten. Für faire Studienbedingungen werden sich die jeweiligen ReferentInnen mit verschiedenen Projekten und Aktionen engagieren.

Ungeachtet der neuen Koalition werden wir die Gerichtsverhandlungen der ÖH bezüglich der finanziellen Ungereimtheiten auf Seiten früherer VSStÖ-Mitglieder

in der letzten Funktionsperiode natürlich weiterführen! Die betreffenden Personen werden aus den Tätigkeiten der ÖH zur Gänze ausgeschlossen.

Ein (Wieder-)ausbau der universitären Demokratie ist nötig, denn wir Studierende sind Teil der Gesellschaft und sollen dadurch auch die Möglichkeit haben, diese mitzugestalten! Deshalb will die neue, linke ÖH-Exekutive StudentInnen bei Ideen für Projekte finanziell und organisatorisch unterstützen. In den nächsten zwei Jahren soll die ÖH verstärkt zur Anlaufstelle für Studierende werden, um für bessere Bedingungen auf der Universität, wie z.B. die endgültige Abschaffung der Studiengebühren, zu kämpfen. Daher werden auch viele Funktionen der ÖH nicht von fraktionierten Personen besetzt, sondern offen ausgeschrieben! Dabei ist Service für uns eine Selbstverständlichkeit und eine wesentliche Aufgabe der ÖH: Unter anderem ist das Beratungszentrum in der Kaigasse für alltägliche Probleme aller Studierenden da. Themen wie Feminismus, Bildungsökonomisierung und die Bewusstseinsbildung auf gesellschaftspo-

litischer Ebene sollen stark in den Vordergrund rücken:

- Die strukturelle Diskriminierung der Frau wird bekämpft. Die Notwendigkeit hierfür zeigt allein schon die Tatsache, dass es trotz eines hohen Frauenanteils unter den Studis in ganz Österreich keine einzige Rektorin gibt!
- Das Menschenrecht Bildung darf nicht durch die Unterfinanzierung und Ökonomisierung der Universität seitens des Ministeriums verletzt werden!
- Für eine barrierefreie Uni ohne inhumane Zugangsbeschränkungen: die Studieneingangsphase der kommenden UG-Novelle lehnen wir strikt ab!
- Eine stärkere Solidarisierung ist grundsätzlich nötig, um die Studienbedingungen für alle zu verbessern!

Es ist deine Zukunft –  
machen wir gemeinsam was daraus!

## Quo vadis Wahlanfechtung?

**Bis zum 18. Mai wurden an der Uni Salzburg vier Einsprüche gegen die ÖH-Wahlen im Mai eingereicht: Zwei Einsprüche kamen von der GRAS, sowie je ein Einspruch vom VSStÖ und der ÖVP-nahen Aktionsgemeinschaft.**

Der erste Einspruch der GRAS befasst sich dabei mit der Verfassungswidrigkeit von E-Voting. Die GRAS ortet bei Hahns kostspieligem Prestigeprojekt eine ganze Reihe demokratiepolitischer Defizite. So kann das freie Wahlrecht nicht garantiert werden, da unklar ist, unter welchen externen Einflüssen und Zwängen eine Stimme abgegeben wird. Nicht einmal das geheime Wahlrecht ist gewährleistet: die AdministratorInnen haben die technische Möglichkeit, nachzuvollziehen, wie jemand gewählt hat!

Der zweite Einspruch der GRAS befasst sich mit den zahllosen Pannen der vergangenen ÖH-Wahl. Um das von Hahn gepushte E-Voting zu ermöglichen, wurde österreichweit eine neue Software zur

Wahladministration eingeführt. Diese war jedoch technisch nicht ausgereift und führte zu groben Problemen: viele Studierende wurden wegen des Versagens der Elektronik überhaupt nicht zur Wahl zugelassen. Im Wahllokal der Akademiestraße wurde phasenweise die Hälfte der Studierenden abgewiesen!

Studierende von Studienrichtungen, für die keine Studienvertretung antraten (z.B. Doktorat KGW), waren zur Gänze von der Wahl ausgeschlossen. Dieser Missstand wurde erst am zweiten Wahltag – also während des Wahlvorgangs! – durch eine technische Manipulation notdürftig behoben. Ein letzter gravierender Fehler sei genannt: manche Studierende konnten ihre Stimme für die Universitätsvertretung mehrfach abgeben. Damit wurde ein zentrales Prinzip der Demokratie, nämlich jenes des gleichen Wahlrechts, massiv verletzt.

Die Wahlkommission der Uni Salzburg hat die Kritikpunkte der GRAS anerkannt

und an die Bundeswahlkommission übermittelt. Sollte die Bundeswahlkommission – deren Vorsitzender ein Beamter von Minister Hahn ist – als erste Instanz den Einsprüchen der GRAS nicht stattgeben, gehen die Anfechtungen in zweiter Instanz an Minister Hahn selbst. Nachdem er für die Einführung von E-Voting und der mangelhaften Wahl-Software verantwortlich ist, wird er die vorgebrachte Kritik vermutlich ignorieren...

Glücklicherweise ist jedoch nicht Minister Hahn, sondern ein unabhängiges Höchstgericht die letzte Instanz, die über die Wahl-Einsprüche zu entscheiden hat. Doch selbst wenn die Anfechtungen vor dem Höchstgericht landen, kann aus zeitlichen Gründen nicht vor der nächsten ÖH-Wahl 2011 mit einem Urteil gerechnet werden. Dennoch ist zu hoffen, dass das Höchstgericht zu den demokratieschädigenden Projekten des Bundesministers klare Worte findet und ein Zeichen gegen dessen gezielte Politik der Imageschädigung der ÖH setzt!